

Die Halle vierteljährlich 2,50 M., bei  
jährlicher Zahlung 7,75 M., durch  
den Post 3,25 M., ausl. Zustellungs-  
gebühr. Bestellungen werden von allen  
Verlagsstellen angenommen.  
Am nächsten Zeitung-Besuchstag  
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen  
Für unterjährig eingehende Beiträge  
nach dem Wochen-Preis.  
Bestellen nur mit Couchebogen:  
„Saale-Bl.“ gelistet.  
Verleger der Redaktion Str. 1140:  
Verlagsstelle Str. 176; Redaktionsstelle  
Markt 24 Nr. 226.

# Saale-Zeitung.

Stimmbezirksleiter Jahrgang.

Nr. 393.

Halle a. d. Saale, Freitag, den 23. August

1907.

## Die Verlängerung der Brüsseler Konvention.

Die Verhandlungen zwischen England und den übrigen der Brüsseler Zuckerkonvention angeschlossenen Staaten über einen modus vivendi, der dem ersten das Verbleiben bei den Bestimmungen vom 5. März 1902 erlaubt, sind schnell zum Abschluss gekommen: ein drei Artikel enthaltendes Zusatzabereinkommen und ein Schlussprotokoll über die Freigabe in Brüssel abgehaltenen Konferenz von Vertretern der Vertragsstaaten. Die Befriedigung über die in ihnen niedergelegten Bedingungen für ein weiteres Fortbleiben der Konvention über den 1. September 1908 ist aber auf beiden Seiten nicht gleichmäßig; England hat die Befreiung von der Verpflichtung, Prämiendruck mit Zuschlagsschollen zu belegen, erlangt und damit das der Vereinbarung zugrunde liegende Prinzip durchbrochen, ohne gleichwertige Gegenleistungen zu bieten. Den übrigen Staaten bleibt jedoch keine andere Wahl, als sich mit dem zu Erreichenden zu begnügen oder den Fortbestand der Konvention in Frage zu stellen. Und wenn man bedenkt, daß im letzteren Falle die Rückkehr zu dem glückselig befeitigten Prämiensystem ein Problem ist, wenn auch in nicht allein, so doch den meisten Ländern die Folge sein würde, so kann die Wahl nicht schwer fallen. Es ist auch zu hoffen, daß in denjenigen Ländern, in denen die Ratifikation von der Zustimmung des Parlaments abhängig ist, wie in Deutschland, ernste Meinungsverschiedenheiten über die Zweckmäßigkeit des eingeschlagenen Weges nicht ausbrechen werden.

Die Brüsseler Konvention hätte, wenn England die in Aussicht gestellte Kündigung verziehen vorgekommen hätte, mit dem 1. September n. J. ihr Ende erreicht. In dem Zusatzabereinkommen wird die Gültigkeitsdauer um weitere zwei Jahre, d. h. bis zum 1. September 1913, verlängert; allerdings kann eine Auflösung der Konvention schon zum 1. September 1911 in Frage kommen, wenn die permanente Kommission in ihrer letzte vor dem 1. September 1910 abgehaltenen Sitzung durch Majoritätsbeschluß die Vertragsstaaten die Befugnis einräumt, zu diesem Tage mit einjähriger Frist die Kündigung auszusprechen. Im Artikel 2 wird England von der Verpflichtung zur Erhebung von Zuschlagsschollen von Prämiendruck erlöst, den Vertragsstaaten aber das Recht eingeräumt, zu verlangen, daß der in Großbritannien raffinierte und in ihr Gebiet eingeführte Zucker von einer Bescheinigung begleitet wird, welche bestätigt, daß kein Teil dieses Zuckers aus einem Prämiendruckgewandenen Lande stammt. Wird nicht von allen Vertragsstaaten bis zum 1. Februar n. J. die Ratifikation des Zusatzabereinkommens vollzogen, so hat die belgische Regierung eine Entscheidung der ratifizierten Staaten darüber vorzunehmen, ob das Übereinkommen unter letzteren allein in Kraft treten soll; auch kann in diesem Falle die Konvention vom 1. September 1908 ab als für die nicht ratifizierenden Staaten nicht mehr verbindlich angesehen werden. England kann außerdem die Konvention dann zum gleichen Tage kündigen, trotzdem es das Übereinkommen bereits ratifiziert hat.

Ausland ist das einzige der Konvention nicht angehörende Land, das als Zuckereporteur nach England in Frage kommen kann. Norwegen, Spanien, Portugal und die Balkanländer, die außer England von den europäischen Staaten allein der Brüsseler Konvention nicht angehören, werden als Zucker fast gar nicht produziert aus der Betrachtung aus. Das aus der russischen Konkurrenz der kontinentalen Zuckerdindustrie bei dem Wettbewerbe auf dem englischen Markt Schwierigkeiten erwachen können, ist aber nach Lage der Sache, wie schon mehrfach betont, nicht anzunehmen. Einige statistische Angaben dürften diese Annahme bestätigen. Es betrug die Zuckerproduktion im Jahre 1905/6

| in bei einer Bevölkerungszahl von Tausen |                    |           |
|--|--------------------|-----------|
| Rußland                                  | 125,640,021 (1897) | 1,012,400 |
| Deutschland                              | 69,641,278 (1905)  | 1,090,771 |
| Oesterreich-Ungarn                       | 45,405,267 (1901)  | 1,485,528 |
| Frankreich                               | 39,252,267 (1906)  | 968,580   |

Wenigstens zu berücksichtigen ist, daß in Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Frankreich ein beträchtlicher Teil der Zuckerproduktion ins Ausland geht, so ergeben doch die mitgeteilten Zahlen, daß England bei seiner großen Bevölkerungszahl die Erzeugung noch erheblich steigern muß, um nur jedem Einwohner die gleiche Menge Zucker liefern zu können, wie die anderen Länder. In den letzten Jahren hat sich sogar noch ein lebhafter Zuckereimport aus Deutschland nach England entwickelt, der von 2 Tausen im Jahre 1904 auf 3240 Tausen im folgenden und 25,289 Tausen im Jahre 1906 gestiegen ist. Außerdem ist das Ausdehnungsgebiet für den russischen Zuckereinfuhrbau infolge der klimatischen Verhältnisse und der Bodenbeschaffenheit nicht unbeträchtlich. Auch die englisch-russische Freizone wird eine irgendwie nennenswerte Ausfuhr nach Oesterreich-Ungarn nicht ausmachen lassen, so daß eine wesentliche Erweiterung des Preisniveaus auf dem englischen Markt und eine Beschränkung der kontinentalen Ausfuhr dorthin nicht wahrscheinlich ist. Gegen eine trotzdem etwa doch möglich werdende Ausfuhr billigen Prämiendruckers nach dem Ausland scheidet das Verlangen von Ursprungszeugnissen, gegen die Ausfuhr billiger, aus Prämiendruck hergestellter Zuckersorten usw., die allerdings von den Ursprungszeugnissen an sich nicht berührt wird, der hohe Eingangszoll für Deutschland 40 bzw. 60 Mark pro dz.)

Die Befürchtungen, die aus den Kreisen der Landwirtschaft und der Zuckerdindustrie wegen ungünstiger Wirkungen des Zusatzabereinkommens laut geworden sind, erscheinen demnach grundlos; die Verlängerung der Konvention unter diesen Modifikationen ist nicht nur ihrer Auflösung vorzuziehen, sondern Zuckerdindustrie und Landwirtschaft, Konsumenten wie Reichsfinanzen werden eine wesentliche Vereinfachung ihrer Interessen voraussichtlich nicht vermissen.

## Deutsches Reich.

**Post- und Personalnachrichten.**  
Der Kaiser unternahm gestern morgen in Wilhelmshöhe einen Spaziergang mit dem Herrn von Langhagen, hörte später den Vortrag des stellvertretenden Oberst des Marineinfanterie-Kapitän zur See Trummel und des Oberst des Infanterie-Regiments v. Lucanus und empfing um 11 1/2 Uhr den Kardinal-Bischof von Köln. Der Kardinal ist zur Zeit gelandet.  
Der französische Ministerpräsident Clemenceau ist gestern vormittag um 11 Uhr von Karlsruhe nach München abgereist.

## Ueber Dernburgs Aufenthalt in Entebbe

berichtet der „Berl. Sozialn.“ wie folgt: Am 15. d. M. mittags verließ die Expedition Dernburg von Florenz am Bord des Dampfers „Glenloch Hill“ nach Entebbe. Der Zweck dieses Entebbe am anderen Nachmittag um 8 Uhr. Verschiedene englische Beamte sowie der deutsche Konsul Schmitt kamen zur Begrüßung am Bord. Staatssekretär Dernburg schritt die Front der bei der Landungsstelle postierten Ehrenkompanie in Uniform an. Von dort aus fuhr er weiter nach Entebbe und begab sich am Sonntag zeitig an Land. Außer der Ehrenkompanie waren drei Sultane mit Tausenden von Leuten am Bord der Expedition erschienen. Der Vormittag wurde der Befestigung der Station und des Docks gewidmet. Hauptmann v. Schiller, der Stationschef, hielt einen lebhaften Vortrag über die Geschichte der Station und wies auf der Hand von Plänen nach, daß der Bezirk Entebbe seine Entwicklung lediglich der Ugandabahn verdankt. Dernburg nannte diese Aufgabe eine Schulbeispiel für ostafrikanische Eisenbahnen. Am Nachmittag machten sich die Expeditionen auf den Weg nach Entebbe. Der Vormittag wurde der Befestigung der Station und des Docks gewidmet. Hauptmann v. Schiller, der Stationschef, hielt einen lebhaften Vortrag über die Geschichte der Station und wies auf der Hand von Plänen nach, daß der Bezirk Entebbe seine Entwicklung lediglich der Ugandabahn verdankt. Dernburg nannte diese Aufgabe eine Schulbeispiel für ostafrikanische Eisenbahnen. Am Nachmittag machten sich die Expeditionen auf den Weg nach Entebbe. Der Vormittag wurde der Befestigung der Station und des Docks gewidmet. Hauptmann v. Schiller, der Stationschef, hielt einen lebhaften Vortrag über die Geschichte der Station und wies auf der Hand von Plänen nach, daß der Bezirk Entebbe seine Entwicklung lediglich der Ugandabahn verdankt. Dernburg nannte diese Aufgabe eine Schulbeispiel für ostafrikanische Eisenbahnen.

## Die deutsche Kulturarbeit im Osten.

Die vor einiger Zeit dem preussischen Abgeordnetenhaus vorgelegene Denkschrift über die Ausdehnungskommission und ihre wirtschaftlichen Erfolge ist jetzt unter dem Titel „Zwanzig Jahre deutsche Kulturarbeit im Osten“ in Buchform erschienen. Im Schlusskapitel werden die Ergebnisse und Aufgaben der Ausdehnungskommission zusammenfassend charakterisiert. Es heißt da: Die früher wirtschaftlich zurückgebliebenen Ausdehnungsprovinzen sind durch den Beitritt, der ihnen durch die Siedelung unmittelbar oder mittelbar ausfließt, befördert worden. In der Schnellarbeit ihrer Entwicklung haben sich die anderen Provinzen überholt. Die Kulturarbeit im Osten ist nicht mehr geteilt, ganz außerordentlich ist der Aufschwung, der die Westhälfte genommen hat, die Zahl der Werke hat sich verdoppelt, die der Kinder fast verdreifacht, die der Schwelme fast verdreifacht. Auch Gefährdungen und Dürftigkeiten zeigen gute Fortschritte. Eine maßvolle Steigerung des Verkehrs ist eingetreten, die Bevölkerung zeigt eine beschleunigte mehrfache Zunahme, und nach schneller als die Bevölkerung wächst der Wohlstand fort. Die Ausdehnungskommission hat, alles in allem genommen, dem Staat große wirtschaftliche und nationale Erfolge gebracht; es ist aber auch nicht zu verkennen, daß sich in einer Richtung, der des Handelsverfalls, schwere Unheilstände heraufbeschworen haben. Der Staat kann ihnen durch Einstellung seiner Hilfe nicht begegnen. Doch höher Ertragswerte werden sonst preisgegeben, und ist ein solcher Schritt politisch unmöglich wäre, so würde er wirtschaftlich mit dem Verschwinden des kaufkräftigen Gewerbes vom Grundbesitzmarkt die Grundlagen des Kreditwesens aus ihrer Existenz rücken. Andererseits kann der große mit dem Ausdehnungslande wachsende Bedarf an Land in der bisherigen Weise nicht nicht mehr gedeckt werden. Die Lösung des erteilten Vorschlags auf dem Grundbesitzmarkt würde sich in dem Maße verschärfen, als das Güterangebot sich vermindert und im veränderten Wertverhältnis die Preise steigen. Demnach ist dem Staat geheimerlich die Pflicht auferlegt, den Weg zu finden, einen planmäßigen, nach wirtschaftlich und politisch gesehenen Umständen möglichen Handelsverfall für die Ausdehnungskommission auch in Zukunft sicher zu stellen.

## Zur Versicherung der Privatbeamten.

Die Lebensversicherung der Staatsbeamten für die nachfolgende Pensionversicherung der Privatbeamten ist am 18. d. in Koblentz ihre zweite Sitzung ab. Es wurde eine Reihe von Beschlüssen über den Inhalt des erstreckten Gesetzes gefasst. Die Bestimmungen betreffen den Umfang der Versicherungspflicht, den Invaliditätsbegriff, die Altersgrenze und die durch die Versicherung erzielbaren Leistungen der Rente. In einzelnen einleitend die Kommission teils einstimmig, teils gegen geringe Widerstände, die in ihrer Zusammensetzung vorhanden sind, jedoch in keinem Falle mehr als zwei Stimmen betrag, auf folgende Beschlüsse: 1. Der Versicherungspflicht unterliegen alle Privatbeamten ohne Unterschied des Geschlechts und Alters. Die Versicherungspflicht beginnt mit der Vollendung des 16. Lebensjahres.

2. Die freiwillige Welterversicherung und Selbstversicherung in höheren Klassen soll gewährt werden.  
3. Die Beiträge sollen je zur Hälfte von den Arbeitgebern und Angestellten getragen werden.  
4. Bei der Beschaffung des Versicherungsschusses sind die Arbeitsangehörigen ebenso wie die übrigen Versicherten zu behandeln.  
5. Als oberste Gehaltsstufe wird die Stufe „5000 Mark und darüber“ festgelegt.  
6. Die Invalidenrente soll nach 40 Beitragsjahren 1902 Drittel des versicherten Einkommens betragen. Die Altersrente, die höchstens im 65. Lebensjahre ohne Rücksicht auf die Gewerkschaftigkeit eintritt, soll gleich der Invalidenrente sein. Die Witwenrente beträgt 40 Prozent der Invalidenrente, die Halbwaisenrente beträgt für einfache Waisen ein Fünftel und für Doppelwaisen ein Drittel der Witwenrente. Anspruch auf Waisenrente hat bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres jedes Kind eines verstorbenen Versicherten, jedoch dürfen die Witwen- und Waisenrenten zusammen die Invalidenrente nicht übersteigen.

Ueber den Inhalt der Beschlüsse sind die Meinungen lange hin und her. Nach sehr umfangreichen Beratungen beschloß die Kommission folgende Fassung vorzuschlagen:

7. Als erwerbsfähig (invalid) ist derjenige anzusehen, der infolge eines körperlichen oder geistigen Gebrechens nicht mehr imstande ist, in seinem bisherigen oder in einem verwandten Berufe die Erwerbsfähigkeit zu erlangen, mit der er noch in demselben Berufe beschäftigt war. Der Grad der Invalidität ist zu ermitteln, und die ihm unter voller Berücksichtigung seiner augenmerklichen sozialen und wirtschaftlichen Stellung ausgemittelt werden kann. Der Invalidenrentenanspruch muß sich nicht auf eine feiner Arbeitsfähigkeit und feiner Berufsmöglichkeit entwerfende Beschäftigung finden, der Betrag von jenem Verdienst auf die Rente ausrechnen lassen, der zusammen mit der Rente sein verbleibendes Durchschnittsarbeitseinkommen übersteigt.

Zurückgestellt wurde die Beschlußfassung über die Einstellung der Versicherten, über die Waisenrente und über die Versicherungsbeiträge für die Witwen- und Waisenversicherung herangezogenen Beschlüsse. Die nächste Sitzung der Kommission findet am 18. September in Koblentz statt. Man hofft, dann mit den Beratungen zu Ende zu kommen.

## Die Flotten-Kaiser-Manöver.

Bestem Vernehmen nach begannen die Flotten-Kaiser-Manöver am 3. September mit einer Flottenparade auf der Jade. Vom 4. bis 7. September fand intensive und strategische Übungen in der Nordsee geplant. Am 7. September sammelt sich die Flotte wieder auf der Jade, womit die Kaiser-Manöver ihren Abschluss finden.

## Wirtschaftliches.

Nach einer Mitteilung des „Deutschen Bureau“ bildete die Neutralität Norwegens eine der Hauptfragen, die zwischen dem Kaiser und dem Jaren in Stenminde erörtert wurden, sie sei in einer Weise erörtert worden, die für England durchaus zufriedenstellend sei. Die Wagadobas sei bei den Schwedischen Besprechungen außer Betracht geblieben, dagegen Kaiser Wilhelm angeordnet, daß Deutschland den russischen Politik seine Sympathie in der Weg legen, die eine im Einklang mit Frankreich und England handeln werde.

## See- und Flotte.

Der deutsche Kreuzer „Irene“ ist gestern vormittag von Island in Ducea'strom eingetroffen und wird dort einige Tage Aufenthalt nehmen.  
Kaiserliche Marine. „Bremen“ ist am 14. August in Riga (Abdrabr) eingetroffen, am 18. August von dort in See gegangen, am 20. August in Vaitie Nordbrud (Abdrabr) eingetroffen und am 21. August von dort nach Vaitie in See gegangen. „Seeadler“ ist am 21. August in Tanga eingetroffen. „Vorel“ ist am 21. August in Jalta (Krim) eingetroffen.

## Salomais.

Nach einer Meldung der „Befreiung“ liegen aus Süd- und Ostafrika von deutschen Missionären Nachrichten über eine drohende Bewegung der Quakere in Ostafrika. Die Stelle ist nicht bekannt. Es klingt auch nicht sehr wahrscheinlich, daß jetzt die Quakere Missionen abgelehnt werden sollten.

## 7. Internationaler Sozialistkongress.

(Nachr. verb.) Hg. Stuttgart, 22. August.  
Im weiteren Verlauf der Debatte über den Militarismus

beauftragte Bede die Einweisung einer Subkommission und fuhr dann fort: Er habe den Zweck, die ausländischen Arbeiter, mit der Besetzung der Sozialdemokratie zu tun. Darauf antwortete er, daß die Sozialdemokratie in seinem Lande außer England so viel Gegenstände wie in Deutschland, und in Deutschland werde man nicht nach ein paar Monaten des Ansehens, wie der Genosse in Frankreich. (Zurück.) Der Herr habe dann die deutsche Partei eine reine Arbeiter- und Arbeiterpartei genannt. Was das Wähler anlangt, so läßt sich doch andere Länder genau wie Deutschland, und die guten Sozialdemokraten habe noch niemand für einen Feind gehalten. Ein weiterer Vorwurf wurde gemacht, daß die Deutschen bei dem drohenden Einbruch deutscher Truppen nach England nicht ihre Solidarität gegenüber der Internationalen zeigen hätten. Darauf antwortete er, daß die russische Revolution ihre Höhepunkte erreicht habe und selbst Bestimmen an eine krumm liegende Umgestaltung des russischen Staates glauben, beschätzte die deutsche Regierung ein Uebergeilen der Revolution auf die östlichen Grenzgebiete. Zu diesem Zweck verfaßte sie die Beschlüsse des Kriegs, an ein militärisches Eingreifen in Rußland aber habe sie nicht gedacht, denn das hätte die Gefahr eines Weltkrieges doch in eine unheilbare Wunde gerückt. Der Herr habe dann auf eine (verbal) Neuerung in Amsterdam berufen. Er habe niemals gehört, es sei der deutschen Sozialdemokratie gleichgültig, ob die Sozialdemokratie eine republikanische





